

Der Weg vom Händeschütteln zum Händereichen

Der erste Schweizer Bildungstag brachte am 2. September in Bern Politik und Bildung ins Gespräch. Eingeladen hatten gemeinsam die grossen Berufsverbände der Bildung in der Schweiz, LCH und SER. Fazit: Die Parteien, Politikerinnen und Politiker legten vorwiegend ihre Standpunkte dar. Zum Ziel einer «Landsgemeindekultur» des Redens über Bildung in der Schweiz ist es aber noch ein weiter Weg.



Fotos: Marc Renaud

«Erster Schweizer Bildungstag» – «Première Journée Suisse de l'Éducation» – Die gemeinsame Veranstaltung von LCH und SER in Bern markierte eine neue Stufe der Zusammenarbeit der Lehrverbände der Deutschschweiz und der Romandie.

Sieben Wochen vor den National- und Ständeratswahlen vom 24. Oktober waren die Parteien und Politiker aufgefordert, Farbe zu bekennen: Was sind ihnen Schule und Bildung wert? Sind sie bereit, den nötigen Preis zu bezahlen für attraktivere Arbeitsbedingungen im Lehrberuf, um so genügend und die besten Köpfe für die Schweizer Schulen zu gewinnen? Wie halten sie es mit Chancengleichheit und Integration als demokratische Leitideen der Schule?

Heinz Weber

Unter den 170 Teilnehmenden der Podiumsdiskussionen und Gruppengespräche im Hotel Bellevue Palace – unmittelbar neben dem Bundeshaus – fanden sich die bildungspolitisch profiliertesten Köpfe der im Bundesparlament vertretenen Parteien, unter ihnen Nationalrätin Kathy Riklin (CVP), Nationalrat Ulrich Schlüer (SVP), Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber (GPS), Nationalrat Christian Wasserfallen (FDP) oder die

Zürcher Bildungsdirektorin Regine Aeppli (SP). Dabei waren auch die Spitzen der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), die Leitungsteams der Lehrerinnen- und Lehrerverbände SER und LCH sowie Vertreterinnen und Vertreter der Kantonalsektionen, Fach- und Stufenverbände. Die Tagesmoderation lag beim versierten Politikkenner und ehemaligen Lehrer Iwan Rickenbacher. «Die Schule braucht Öffentlichkeit und sie braucht die Unterstützung der Politik», hielt in seiner Eröffnungsansprache



Wozu ein Schweizer Bildungstag? «Aus Liebe zur Schweiz», begründete LCH-Zentralpräsident Beat W. Zemp, indem er sich einen Wahlspruch der Freisinnigen auslieh.

LCH-Zentralpräsident Beat W. Zemp fest. Mit dem ersten Schweizer Bildungstag wolle man einen Beitrag leisten, um das gegenseitige Verständnis zwischen der organisierten Lehrerschaft und der Bildungspolitik zu verbessern – sei es in der Verwaltung, in den Parlamenten, bei den Parteien, in der Wirtschaft oder in der Lehrerbildung.

Das gestiegene Interesse der Parteien und der Medien an der Schule und am Bildungswesen sei erfreulich, habe aber auch eine Schattenseite: «Der Preis für die politische Einflussnahme auf die öffentliche Schule ist nicht nur ideologisches Gezänk zwischen Lobbygruppen und Expertenstreit. Die Schule wird zunehmend auch als parteipolitisches Vehikel missbraucht, um neue Wählerstimmen zu gewinnen.»

Stopp der «mission impossible»

Als «Lakmустest» für die Einstellung der Politiker und Parteien zur Bildung hatten der LCH und der SER gemeinsam sieben Thesen entwickelt, welche die zentralen Positionen der Berufsverbände auf den Punkt bringen (abgedruckt in BILDUNG SCHWEIZ 6/11).

Deren erste lautet: «Ende der «mission impossible».» Anstelle des unkoordinierten Aufladens von ständig neuen Aufgaben und Lernzielen müsse ein verbindlicher Auftrag treten. «Wir Lehrpersonen brauchen einen griffigen und klaren Kernlehrplan, der in der ganzen Schweiz seine Gültigkeit hat. Und wir müssen dann auch geschützt sein vor ständiger direkter Einnischung in unseren Bildungsauftrag durch die Politik und andere Anspruchsgruppen», erklärt

am Bildungstag LCH-Zentralsekretärin Franziska Peterhans: «Was in den Schulen gelehrt und gelernt werden soll, gehört in einen demokratischen Lehrplan-Aushandlungsprozess, wie er jetzt gerade in der Deutschschweiz mit dem Lehrplan 21 passiert.»

«Eine gemeinsame Identität»

Die beiden grossen Berufsorganisationen der Bildung in der Schweiz, LCH und SER, die insgesamt mehr als 60000

LCH und SER suchen den Schulterchluss

Weniger spektakulär als die Auftritte der Politprominenz, aber nicht weniger denkwürdig: Am Nachmittag versammelten sich die Spitzen des Dachverbands Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH und des Syndicat des Enseignants Romands SER sowie deren Mitgliedsorganisationen zur ersten gemeinsamen Präsidentenkonferenz. Diese verabschiedete einstimmig ein Mandat zur Bildung einer Arbeitsgruppe, die «sämtliche Möglichkeiten einer verstärkten und wirksamen Zusammenarbeit» prüfen soll.

«Eine Fusion ist nicht geplant», stellte LCH-Zentralpräsident Beat W. Zemp klar. Denkbar sei aber ein «bureau de coordination» in Bern. Erste Resultate der Abklärungen sollen Ende 2012 vorliegen. Als Zeitpunkt, um den Schulterchluss offiziell zu besiegeln, bietet sich das Jahr 2014 an: Dann kann der SER sein 150-jähriges Bestehen feiern und der LCH sein 25-Jahr-Jubiläum begehen. Der «Schweizerische Lehrerverein», Vorgängerorganisation des LCH, wäre dann 165 Jahre alt.

Lehrpersonen vereinigen, haben in den letzten Jahren ihre Kontakte stetig ausgebaut. Die Organisation des ersten Schweizer Bildungstages und das Erarbeiten gemeinsamer Thesen markierten eine neue Stufe der Zusammenarbeit. Bedeutet dies, dass – im Zeichen von HarmoS – sich auch die traditionell stark unterschiedlichen Schulkulturen der Deutschschweiz und der Romandie annähern? Dazu der Präsident des SER, Georges Pasquier: «Diese zum Teil grossen Unterschiede bestehen weiter. Ein wichtiger Punkt von HarmoS ist die Anerkennung, dass es in der Schweiz Sprachregionen gibt und die Koordination der Lehrpläne und Lehrmittel auf dieser Ebene erfolgen soll. Wir müssen nicht das Gleiche denken, aber wir haben als Lehrerinnen und Lehrer eine gemeinsame Identität zu verteidigen.»

Beginn einer Tradition?

Die Einladung von LCH und SER war an 200 Personen gegangen, die in der Schweiz an entscheidender Stelle für Schule und Bildung zuständig sind. 170 davon kamen am 2. September ins Bellevue Palace. Schon dieses Interesse ist als grosser Erfolg zu werten und zeigt, dass die Idee des Bildungstages eingeschlagen hat. Einmütig lobten die Teilnehmenden die Initiative der Berufsverbände. Einmütig anerkannt wurde auch die tadellose Organisation des Tages, bei der die Verbände von den Berner Firmen LerNetz und Projekt Forum AG unterstützt wurden. Viele ermutigten die Vertreterinnen und Vertreter von SER und LCH, diese Veranstaltung zu einer Tradition zu machen.

Noch weit entfernt sind die Organisatoren hingegen von ihrer Vision einer «Landsgemeindekultur des Redens über Bildung in der Schweiz». Die Parteien und Politiker nutzten den Bildungstag, um ihre vorgefassten Positionen und Parolen auf den Tisch zu legen. Ein Klima, in dem Konflikte sich austragen lassen und Standpunkte sich annähern können – das ist noch zu erarbeiten oder muss in unmittelbarer Nachbarschaft des Bundeshauses vielleicht gar Wunschtraum bleiben. Hände schütteln heisst eben noch lange nicht Hände reichen.

Weiter im Netz

www.bildungstag.ch
www.lch.ch



In der ArtDéco-Ambiance des Bellevue Palace liess sich entspannt plaudern. In den Podiums- und Gruppendiskussionen hingegen wurden die traditionellen Fronten sichtbar.

**Deutschschweiz
 und Romandie
 Seite an Seite:
 LCH-Zentralsekretärin Franziska
 Peterhans und
 SER-Präsident
 Georges Pasquier
 begrüßen die
 Gäste.**



«Mit Bildung ist nicht zu spassen», sagen die Mienen der SVP-Prominenz. Von links: Nationalrat Lieni Fügistaller, Nationalrätin Alice Glauser-Zufferey und der Aargauer Bildungsdirektor Alex Hürzeler.

Einsatz für Bildung oder nichts als Wahlkampf?

Für eine gute Bildung braucht es genügend gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer, adäquate Arbeitsbedingungen, verbindliche Aufträge und genügend finanzielle Mittel. Welche Einsätze Nationalrätinnen und Nationalräte dafür zu leisten bereit sind, versuchte der Moderator der Podiumsdiskussion, Iwan Rickenbacher, den sieben Teilnehmenden der verschiedenen Parteien zu entlocken.



Fotos: Marc Renaud

Josiane Aubert (SP), Ulrich Schlüer (SVP), Christian Wasserfallen (FDP), Tiana A. Moser (GLP), Kathy Riklin (CVP), Katharina Prelicz-Huber (GPS) und Ursula Haller (BDP) bekannnten sich am ersten Schweizer Bildungstag zum Ziel, «die Besten für den Lehrberuf gewinnen» zu wollen.

Wie stellen sich Politikerinnen und Politiker des Bundesparlaments zu den aktuellen bildungspolitischen Themen und zu den Forderungen der Lehrerverbände für eine qualitativ hervorragende Schule? Nationalrätinnen und Nationalräte von links bis rechts waren aufgefordert, auf dem Podium des ersten Schweizer Bildungstages Farbe zu bekennen.

Doris Fischer

Zum Schlagabtausch stellten sich die Nationalrätinnen und Nationalräte Josiane Aubert (SP), Ursula Haller (BDP), Tiana A. Moser (GLP), Katharina Prelicz-Huber (GPS), Kathy Riklin (CVP), Ulrich Schlüer (SVP) und Christian Wasserfallen (FDP).

Niemand von den Votantinnen und Votanten stellte das Ziel

der Berufsverbände, «die Besten für den Lehrberuf gewinnen» – in Frage. Der Weg dorthin, die Schwerpunkte, welche die Politikerinnen und Politiker setzen, und die Unterstützung, welche die verschiedenen Parteien bereitstellen wollen, sind jedoch erwartungsgemäss unterschiedlich. Oder, wie Nationalrätin Ursula Haller meinte: «Es gibt kein heterogenes, aus verschiedensten Blickwinkeln argumentierendes Gebilde als Politikerinnen und Politiker.»

Welche Lehrerbildung?

Das Fundament einer guten Schule sind die Lehrpersonen. Diese können ihren Auftrag aber nur optimal erfüllen, wenn sie gut ausgebildet sind und gute Arbeitsbedingungen haben. Wie kann dies erreicht werden? «Aus der Sackgasse

der Akademisierung herausfinden», ist das Rezept von Ulrich Schlüer. «Die Saläre der Lehrpersonen neu evaluieren» und «genügend Zeit für seriöse Vor- und Nachbereitung zur Verfügung stellen», hielt Josiane Aubert fest. «Adäquate Möglichkeiten in Bezug auf Disziplin erhalten», so der Wunsch von Christian Wasserfallen. «Den Mangel in Bezug auf Sprachkompetenz und Naturwissenschaften beheben», forderte Tiana A. Moser.

Welche Qualität?

Auch über das Mass der Einmischung in die Politik im Bildungsbereich wurden unterschiedliche Vorstellungen geäussert: Christian Wasserfallen will «keine Einmischung der Politik im Sinne von Jekami bei der Qualitätsbeurteilung der Schule». Und auch Ursula

Haller warnt vor allzu massiver Einmischung, nennt aber Beispiele, wo Bürgerinnen und Bürger ihre Verantwortung wahrnehmen müssen und können: «Mann und Frau hat in jeder Gemeinde die Gelegenheit, sich in die Schulpolitik einzumischen. Man kann beispielsweise mehr oder weniger Tagesstrukturen fordern oder mehr oder weniger Schulsozialarbeit.»

Ulrich Schlüer hingegen zweifelte die Kompetenz der Fachleute der Bildung an: «Wenn ich beispielsweise höre, dass nur die Selbstbeurteilung der Lehrpersonen als gültige Beurteilung anerkannt wird, dann hat die Schule oder haben deren Funktionäre ein Problem mit der Demokratie. In einer Volksschule will und muss das Volk mitsprechen und die Schule mittragen.»

Katharina Prelicz-Huber attestierte den «sogenannten Laien» eine wichtige Rolle als Inputgebende für die Gesamtgesellschaft, wollte aber «kein Reinschwatzen in die tägliche Arbeit der Lehrpersonen».

Klare Vorstellungen hatte Kathy Riklin: «Die Politik soll keine Lehrpläne schreiben, sondern Leitlinien, Instrumente und Geld geben.»

Welche Mittel?

Soll die Bildungsqualität erhalten oder gesteigert werden, sollen genügend professionell ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer für den Beruf motiviert werden, muss die Politik die nötigen finanziellen Voraussetzungen dafür schaffen – dies die Forderung von LCH und SER. Konkret heisst das für Josiane Aubert: «Mehr Geld für Forschung und Bildung». Christian Wasserfallen liegt die Berufsbildung am Herzen, «zu der mehr Sorge getragen werden muss». «Chancengleichheit fördern, nicht nur dort, wo es soziale und intellektuelle Defizite gibt, sondern sich auch um diejenigen kümmern, die Leistung bringen, die zu den Besten gehören wollen», schreibt Ursula Haller auf ihre Fahne. Am deutlichsten äusserte sich Katharina Prelicz in Bezug auf die Finanzierung der Bildung; sie möchte «in vier Jahren die Zielgrösse von 8% des Bruttoinlandprodukts für die Bildung umgesetzt haben».

Welchen Wert?

Zu vielen Voten konnte man aus gewerkschaftlicher Sicht nicken, zu einigen den Kopf schütteln; so wirklich zum Festnageln waren sie jedoch selten. Und bekanntlich sind politische Bekenntnisse kurz vor den Wahlen nicht immer für bare Münze zu nehmen. So wird die Zeit erst zeigen, was Christian Wasserfallens Votum wert ist: «Es ist wichtig, dass sich die Schule auf das, was die Politik bestimmt, verlassen kann.»



Licht und Schattenseiten einer Berufssparte: Politiker, Bildungsfachleute und Lehrpersonen miteinander im Gespräch am Bildungstag.

Gruppendiskussion

«Mut zur Selektion»

Die Podiumsdiskussion der Nationalrätinnen und Nationalräte lieferte die Steilvorlage für die anschliessenden sieben Gruppengespräche. «Die Besten gewinnen», war auch in der Gruppe unter der Leitung von AZ-Journalist Hans Fahrländer das Stichwort. Dabei suchten die Teilnehmenden nach Gründen für das eher zögerliche Interesse am Lehrberuf, insbesondere seitens der Männer: «Überforderung», «mangelhafte Erziehung der Kinder», «hohe Lektionenzahl». Aber auch Vorschläge zur Steigerung der Berufsattraktivität wurden genannt: «Persönlichkeitsbildung forcieren mit entsprechender Weiterbildung», «lernen, mit Stress umzugehen», «Kompetenz stärken im Umgang mit gesellschaftlichen Veränderungen», «nicht immer für alles verantwortlich sein

müssen», «weniger Reformen», «Erziehungsaufgabe soll nicht Hauptaufgabe sein».

Nicht nur die Schule brauche und wolle intelligente, motivierte Leute: «Die Wirtschaft will dies auch, aber sie bietet die besseren Bedingungen», erklärte Niklaus Stöckli, Geschäftsleitungsmitglied des LCH und alv-Präsident. Er forderte ebenso wie Rainer Huber, Geschäftsführer Forum Bildung, «Mut zur Selektion». Schliesslich relativierte Walter Bircher, Rektor der PH Zürich, den vermeintlichen Exodus aus dem Beruf: «Über 70% der Lehrpersonen bleiben dem Beruf treu.» Und Elisabeth Hardegger, Präsidentin der Schweizerischen Gesellschaft für Lehrerinnen- und Lehrerbildung warnte vor einem «künstlich aufgebauten Widerspruch» zwischen akademisch/intellektueller Bildung und Sozialkompetenz. «Fachlichkeit und Sozialkompetenz schliessen sich nicht aus.» df

Gruppendiskussion

Mehr vom BIP?

Leistet sich die Schweiz eine teure Bildung? Mit fünf Prozent vom Bruttoinlandprodukt (BIP) sei sie weltweit gerade mal Durchschnitt, stellen die Berufsverbände LCH und SER fest. Länder wie Dänemark oder Neuseeland gäben deutlich mehr aus. Wolle unser Land Bildungsspitze sein, so müsse der Anteil steigen.

Fünf Prozent – die Zahl sei problematisch, sagten etliche Teilnehmer der Gesprächsrunde unter Leitung von NZZ-Redaktor Walter Hagenbüchle. Die Zahl berücksichtige zum Beispiel nicht unser erfolgreiches duales Bildungssystem, stellte EDK-Generalsekretär Hans Ambühl fest. Der Anteil am BIP stehe überhaupt nicht in Relation zum Erfolg im internationalen PISA-Test, dozierte Professor Ernst Buschor, ehemaliger Zürcher Bildungsdirektor. SVP-Nationalrat Lieni Füglistaller doppelte nach: Der Kanton Aargau sei mit 15000 Franken pro Schüler und Jahr erfolgreicher als der Kanton Genf mit 20000.

In die Bildung investiertes Geld ist gut eingesetzt, meinte Lilo Lätzsch, Präsidentin des Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverbandes ZLV: So seien die Sozialausgaben in der Schweiz deshalb tiefer als anderswo, weil man eben ein gutes Bildungssystem habe. «In der Volksschule sind wir nicht so schlecht dotiert», fand CVP-Nationalrätin Kathy Riklin. Schwerstbehinderte Kinder in Regelklassen zu schicken, sei aber sicher keine effiziente Lösung. Pius Egli vom Luzerner Lehrerinnen- und Lehrerverband forderte: «Endlich ernst machen mit HarmoS.» 26 Bildungssysteme könnten wir uns nicht länger leisten.

Die spannende Diskussion suchte nach dreiviertel Stunden noch immer ihr Thema und musste doch schon ein Ende finden. hw

Gegen die «politique partisane»

In der ersten Podiumsdiskussion des Tages hatten sich die Bildungspolitiker aus dem Bundesparlament ausgetauscht. In der zweiten waren die Praktiker der Bildungspolitik aus Kantonen und Berufsverbänden dran: EDK-Präsidentin Isabelle Chassot; Regine Aeppli, Präsidentin der Deutschschweizer EDK; Elisabeth Baume-Schneider, Präsidentin der Westschweizer EDK (CIIP) sowie LCH-Präsident Beat W. Zemp und SER-Präsident Georges Pasquier.

«Ich freue mich, wenn die Politik sich der Schule annimmt, aber nicht die Partisanenpolitik.» So tönte die Übersetzung des französisch gesprochenen Statements von Isabelle Chassot aus dem Kopfhörer. Hat sie wahrhaftig dieses Wort gebraucht? Oder sagte sie vielleicht einfach «Parteilpolitik»? Das Abhören der Tonaufnahme schafft Klarheit: Die EDK-Präsidentin sprach von «politique partisane».

Sie meinte damit zum Beispiel den Versuch, das von der grossen Mehrheit des Volkes gutgeheissene Ziel der System-Harmonisierung zu torpedieren. Und sie meinte das Bundesparlament, das sich aufgrund von Volksbegehren für mehr Sport oder Musik in die kantonale Volksschulhoheit einmischte.

Frauen an der Bildungsmacht

Fünf der zweifellos wichtigsten Köpfe der Schweizer Bildungspolitik standen auf dem Podium – drei davon weiblich. Ein eindrückliches Bild. Grundfalsch wäre es, anzunehmen, die drei Regierungsrätinnen verträten eine «weibliche», sprich gefühlvollere Politik. Sie sind in der Auseinandersetzung mit verschiedensten Interessengruppen ebenso gestählt wie ihre männlichen Kollegen.



Regine Aeppli: «Bildung in aller Munde stärkt uns den Rücken.»



Elisabeth Baume-Schneider: «Keine Angst vor Einmischung.»



Isabelle Chassot: «Partisanenpolitik, nein danke.»

Und wie die Freiburgerin Isabelle Chassot, so hat auch die Jurassierin Elisabeth Baume-Schneider «keine Angst vor der Einmischung der Politik in die Bildung». Die Zürcher Kollegin Regine Aeppli meinte gar: «Dass Bildung in aller Munde ist, stärkt uns den Rücken. Gerade beim stark spürbaren Steuervettbewerb zwischen den Kantonen sind wir froh um den Rückhalt der Bildung in der Bevölkerung.» Je eine Prise Hoffnung und Ironie schienen da mitzuschwingen.

Zu wenig Geld für die Schule?

Erhält die Bildung zu wenig Geld? «Das Problem ist, dass der Verteilkampf härter geworden ist», stellte LCH-Präsident Beat W. Zemp fest: «Als ich 1990 in die Bildungspolitik einstieg, lagen die Ausgaben für die Bildung noch gleichauf mit dem Gesundheitswesen. Inzwischen ist der Gesundheitssektor beim Doppelten angelangt.» Niemand könne sagen, das Schweizer Bildungswesen sei unangemessen teuer. In den Bereichen Frühförderung und Tagesstrukturen liege die Schweiz gar unter dem internationalen Durchschnitt.

«Politique partisane» – das Wort könnte man auch auf den Versuch der SVP anwenden, die



Beat W. Zemp: «Der Verteilkampf ist härter geworden.»



Georges Pasquier: Sich gegen «Proletarisierung» wehren.

«Akademisierung» des Lehrberufs rückgängig zu machen. Regine Aeppli dazu: «Wenn gesagt wird, dass akademische Ausbildung Führung verunmöglicht, dann ist das dumm. Es hat in unserem Land ein grosser Wandel stattgefunden. In den 60er Jahren waren drei bis fünf Prozent der Bevölkerung akademisch gebildet; heute sind es, wenn man die Fachhochschulen dazunimmt, über 40 Prozent. Lehrpersonen sind also heute zunehmend mit Akademikerinnen und Akademikern als Eltern konfrontiert

und es ist allein schon deshalb wichtig, dass sie diesen auf Augenhöhe begegnen können.» Allen Tendenzen zur «Proletarisierung» des Berufs gelte es energisch entgegenzutreten, sagte SER-Präsident Georges Pasquier. Nach wie vor sei die Schweiz eines der Länder mit der kürzesten Ausbildung für Lehrpersonen.

Die Bildungsdirektorinnen und Verbands-Chefs waren sich in diesem Gespräch bemerkenswert einig. Als Zuhörer vermisse man fast ein wenig die «Partisanen». Heinz Weber

«Eine Landsgemeinde der Bildungspolitik»

Gemeinsam laden der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH sowie das Syndicat des Enseignants Romands SER zum ersten Schweizer Bildungstag ein. Am 2. September 2011 soll er in Bern die wichtigsten Akteure der Bildungspolitik der Schweiz ins Gespräch bringen. SER-Präsident Georges Pasquier und Beat W. Zemp, Zentralpräsident LCH, erläutern im Gespräch mit BILDUNG SCHWEIZ Zweck und Spielregeln dieser Tagung.

BILDUNG SCHWEIZ: Die Schulen wie die Politik der Romandie und der Deutschschweiz unterscheiden sich nicht nur durch die Sprache, sondern verkörpern unterschiedliche Kulturen. Dennoch wagen sich die Verbandsleitungen von SER und LCH an die Organisation des ersten gemeinsamen Schweizer Bildungstages in Bern. Was motiviert Sie dazu?

Georges Pasquier: Wegen HarmoS und anderen Entwicklungen in der Bildung arbeiten die Verbandsleitungen von SER und LCH immer enger zusammen. Wir sind «verdammte zur Zusammenarbeit» und haben andererseits auch grosse Lust dazu. Und wir haben viel voneinander zu lernen. Wenn ich ins Ausland gehe, zum Beispiel nach Frankreich oder Kanada, stosse ich immer wieder auf Erstaunen, wenn ich erzähle, dass wir 26 Kantone und 26 Bildungsminister haben. Das kann doch auf die Dauer nicht funktionieren! Zusammenarbeit wird deshalb immer wichtiger.

Beat W. Zemp: Seit 2006 haben wir einen neuen Bildungsartikel in der Bundesverfassung. Danach sorgen Bund und Kantone gemeinsam für die Entwicklung des Bildungsraums Schweiz. Das HarmoS-Konkordat setzt diesen Verfassungsauftrag für die Volksschulen sowohl in der Romandie als auch in der Deutschschweiz um. Bildungspolitik wird aber zunehmend auch Parteipolitik. Das ist mit ein Grund, weshalb wir gesagt haben, wir brauchen jetzt eine Plattform auf schweizerischer Ebene, auf der wir mit den Akteuren der Bildungspolitik diskutieren können.

Bedeutet das auch, dass die Unterschiede der Kulturen zwischen der Deutschschweiz und der Romandie nicht mehr so wichtig sind?

Pasquier: Diese zum Teil grossen Unterschiede bestehen weiter. Ein wichtiger Punkt von HarmoS ist die Anerkennung, dass es in der Schweiz Sprachregionen gibt und die Koordina-



Fotos: Claudia Baumberger

«Wir haben eine gemeinsame Identität zu verteidigen.» – Die Präsidenten Georges Pasquier (SER, rechts) und Beat W. Zemp (LCH, links) vor dem Bundeshaus in Bern.

tion der Lehrpläne und Lehrmittel auf dieser Ebene erfolgen soll. Wir müssen nicht das Gleiche denken, aber wir haben als Lehrerinnen und Lehrer eine gemeinsame Identität zu verteidigen.

Zemp: Die Unterschiede sind auch ein Reichtum, gerade in der Bildung ist das nicht nur eine Floskel. Niemand will die Schweizer Volksschulen «zentralisieren»

– ein Vorwurf, der von der SVP immer wieder geäussert wird.

Stichwort SVP. Im Herbst 2010 lancierte diese Partei einen eigenen Lehrplan für die ganze Schweiz und damit eine neue Form der Einflussnahme von Politik auf die Bildung. Seither ist sowohl weltweit als auch in der Schweiz sehr viel pas-

siert. Erleben Sie die Bildung trotzdem weiterhin als heisses Wahlkampfthema?

Zemp: Wir sind uns mit der EDK einig, den Ball bei diesem Thema möglichst flach zu spielen. Denn schon die Ebenen stimmen nicht. Ein «Lehrplan» einer Partei kann niemals ein Gegenentwurf zu einem offiziellen Lehrplan sein, den die Bildungsbehörden im Auftrag des Volkes entwickeln. Wir nehmen das SVP-Papier deshalb als – zweifellos originellen – Beitrag zur bildungspolitischen Diskussion entgegen. Andere Parteien äussern sich in anderer Weise. Ich erwarte nach den Sommerferien eine deutliche Zunahme der bildungspolitischen Wahlkampfthesen. Das ist auch der Grund, weshalb wir den ersten Schweizer Bildungstag am 2. September durchführen.

Pasquier: Es gibt vom «Lehrplan» der SVP übrigens eine vorzüglich übersetzte französische Version, aber man riecht sozusagen aus jedem Abschnitt die Realitäten der Deutschschweiz. Trotzdem hat dieser Vorstoss bei uns hohe Wellen geworfen und wir haben an einer Delegiertenversammlung eineinhalb Stunden darüber diskutiert. Das Ergebnis war eine vom SER unterzeichnete Petition. Darin ist von der SVP selbst nicht die Rede; sie verlangt aber, dass die Bildungsfähigkeit aller Menschen und die Förderung der Chancengleichheit weiterhin die Grundprinzipien der Schule sein müssen, und dass die Bildung vor einer Verpolitisierung durch die Parteien geschützt werden muss.

Die Volksschule, die LCH und SER vorwiegend vertreten, ist laut Bundesverfassung Sache der Kantone. Mit der Auseinandersetzung um HarmoS und sprachregionale Lehrpläne hat das nationale Element stark an Bedeutung gewonnen. Werden in absehbarer Zeit die Kantone in der Bildung entmachtet?

Zemp: Davon kann keine Rede sein, wohl aber von einem starken Druck auf die Kantone, besser zusammenzuarbeiten. Die Verfassungsbestimmung, dass bei einem Scheitern der Harmonisierung der Bund eingreifen kann, hängt nun wie ein Damoklesschwert über den Kantonen. Das hat im Übrigen die EDK selbst so gewollt.

Der LCH war ja seinerzeit Geburtshelfer von HarmoS. Wir haben 2002 die Delegiertenversammlung in Basel unter das Thema «Wieviel Bund braucht die Bil-

dung?» gestellt. Der damalige SP-Nationalrat Hans Zbinden, der jahrzehntelang für einen Bildungsartikel in der Verfassung gekämpft hat, und EDK-Generalsekretär Hans Ambühl waren dabei. Die DV hat dann ein Thesenpapier verabschiedet, das eine gesetzliche Grundlage für die verbindliche Schulkoordination unter den Kantonen forderte – genau in den Punkten, die jetzt von HarmoS geregelt werden. In allen anderen Punkten sind die Kantone aber weiterhin frei. Dazu gehören etwa die Organisation und Finanzierung der Volksschulen, die Studentafeln oder der Berufsauftrag der Lehrpersonen.

Aber wenn Lehrpläne und Schulstrukturen vereinheitlicht sind – was bleibt dann den Kantonen? Sie können gerade noch ihre Lehrpersonen besser oder schlechter bezahlen und die Ferien festlegen...

Pasquier: Es bleibt noch sehr viel übrig. Wir haben den Beweis, denn die Romanie ist hier der Deutschschweiz ausnahmsweise voraus – und das wegen meines Verbandes. Der SER hat 1962 einen Kongress veranstaltet mit dem Thema «Vers une école romande». In der Folge wurden ein gemeinsamer Lehrplan und eine Koordination der Lehrmittel eingeführt. Das hat funktioniert und wir können sagen, es lohnt sich. Trotzdem bleibt, vor allem in der Organisation und bei den Löhnen, noch sehr viel kantonal – für uns manchmal zuviel.

Wenn Parteien sich mit Bildung befassen, geht es in erster Linie um zwei Dinge: Leistungsorientierung der Schule und «Noten ja oder nein». Wie lässt sich auf dieser schmalen Basis überhaupt ein Diskurs zwischen den Berufsverbänden der Bildung und den Parteien führen?

Zemp: Für uns geht es keineswegs nur um Leistungsorientierung und Noten. Wir erarbeiten eine Analyse der bildungspolitischen Papiere aller grösseren Parteien auf Bundesebene. Die SP und die CVP zum Beispiel fordern flächendeckend Tagesschulen. Daneben gibt es aber vereinzelt auch kuriose Forderungen nach Einführung des Schulfachs «Glück», nach Thematisierung von Pornografie in der Schule oder nach Bemessung von Lehrlingslöhnen aufgrund der Leistungen im letzten Schuljahr. Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt, denn mit bildungspolitischen Posi-

tionen kann man sich als Partei natürlich profilieren. Wir haben deshalb sieben Thesen zur Bildungspolitik aus Sicht des LCH und des SER formuliert (Seite 14) und wollen wissen, wie sich die Parteien dazu stellen.

Pasquier: Wir versuchen auch, den Parteien klarzumachen, dass die Politik festlegen muss, *was* die Schule zu tun hat. *Wie* es dann umgesetzt wird, das liegt in der Verantwortung der Schule, das ist unsere Sache. Themen wie Leistungsorientierung oder Noten gehören zum *Wie* und nicht zum *Was*. Wir brauchen den Respekt der Politik für diese Aufgabenteilung.

Im Kanton Baselland, wo Beat Zemp unterrichtet, ist das Parlament gerade dabei, sich Einfluss auf Lehrpläne, Lehrmittel und Studentafeln zu verschaffen...

Zemp: Das halte ich für völligen Unsinn. Natürlich muss die Politik den Auftrag klären, aber die Einmischung in Einzelheiten der Ausführung, ist nicht zielführend. Das ist, als wollte die Politik den Ärzten Details der Behandlung einer Grippe vorschreiben. Für solche Fragen gibt es aus Fachleuten und Politikern zusammengesetzte Bildungskommissionen, die in der Lage sind, sachgerecht zu entscheiden.

In den Thesen zum Bildungstag lesen wir: «Für den offenen Dialog zwischen der Schule und ihrer gesellschaftlichen Umgebung müssen neue Formen jenseits von ständiger Einmischung und unqualifizierter Kritik gefunden werden.» Haben Sie konkrete Vorstellungen, wie das geschehen soll?

Pasquier: Mein Stichwort dazu lautet «Vertrauen». Wo dieses vorhanden ist, kommt es nicht zu ständiger Einmischung und unqualifizierter Kritik. Dieses Vertrauen ist allerdings nicht einfach da, es muss in langfristiger Arbeit aufgebaut werden.

Zemp: Es braucht sprachregional geführte Agenturen für den Lehrplan und die Lehrmittel, die als Ansprechstellen für Anliegen gesellschaftlicher Gruppen zur Verfügung stehen. Diese Agenturen müssen im Auftrag der obersten Schulbehörden den Lehrauftrag der Schule hüten, den Lehrplan fortschreiben und weiterentwickeln. Es kann nicht sein, dass über die Berufsverbände und die Medien ständig versucht wird, bildungspolitischen Druck auszuüben, um ein-

zelne Forderungen durchzubringen – ohne Rücksicht auf den Gesamtauftrag der Schule.

Sind das nicht unrealistische Erwartungen? Die Parteien werden sich kaum vorschreiben lassen, in welcher Form und auf welchem Weg sie ihre Forderungen lancieren und ihr Profil suchen.

Zemp: Aber es ist ja nicht damit getan, dass einzelne Parteien ihre Forderungen einfach laut herausposaunen. Wir brauchen einen Ort, wo der Dialog und die Aushandlung stattfinden. Der erste Schweizer Bildungstag ist nun so eine Gelegenheit, wo die Diskussion im Zentrum steht. Deshalb heisst es auch im Untertitel: «Die Lehrerverbände im Gespräch mit der Bildungspolitik».

In den Thesen heisst es auch: «Der modischen Kontroll- und Wettbewerbsrhetorik ist eine klare Absage zu erteilen.» Ist das eine Kritik an PISA? Möchten Sie PISA für die Schweiz abschaffen?

Pasquier: Die Kritik richtet sich nicht gegen PISA, sondern mehr gegen die HarmoS-Bildungsstandards, wenn diese dazu missbraucht werden, die Schulen einem unsinnigen Wettbewerbsdruck auszusetzen. PISA ist für uns positiv und nützlich, insbesondere wenn es zu einer vertieften Analyse führt und die Komplexität des Bildungsauftrags zeigt. Schlimm an PISA sind die Rankings, das Erstellen von Ranglisten. Dies könnte sich als Folge der HarmoS-Standards auch bis auf die einzelnen Schulen erstrecken.

Zemp: Zwischen sinnvollem Monitoring zur Systemsteuerung und schädlichem Wettbewerb ist eine Grenze zu ziehen. Wenn man Schulen in einem Leistungswettbewerb gegeneinander antreten lässt und sie durch die Veröffentlichung der Resultate unter Druck setzt – ohne Rücksicht darauf, unter welchen Bedingungen sie arbeiten müssen – hat das verheerende Auswirkungen auf die Motivation der Lehrpersonen. Denkt man das weiter, so wird man zum Wettbewerb Klasse gegen Klasse und schliesslich zum Wettkampf Schüler gegen Schüler kommen. Bildung wird auf messbare Leistungen reduziert.

Pasquier: Wir brauchen Instrumente, um besser zu werden, das ist klar. Aber sie müssen immer alle Parameter einbeziehen, zum Beispiel die Bevölkerung, in der eine Schule tätig ist. Sonst kommt es zu blosser Fassadenmalerei.



Beat W. Zemp: «Es braucht sprachregional geführte Agenturen für den Lehrplan und die Lehrmittel.»

Zemp: Sinnvoll sind freiwillige Wettbewerbe für Schüler und Schulklassen – vom Malen bis zur Mathematik, Sprache und Forschung. Viele solche Wettbewerbe unterstützt der LCH offiziell.

Wenn die Vertreterinnen und Vertreter der Politik und der Bildung am 2. September wieder auseinandergehen – was werden wir dann in den Händen halten? Eine Verpflichtung der Parteien auf die Thesen der Berufsverbände oder ein Ranking, das zeigt, welche Parteien die Bildung am besten unterstützen?

Pasquier: Es ist die erste Plattform dieser Art und schon allein die Tatsache, dass sie stattfindet, ist positiv. Es ist eine Rechnung mit vielen Unbekannten, aber wir sind zuversichtlich, dass sich, wenn wir das jedes zweite Jahr machen können, eine nachhaltige Entwicklung ergeben wird.

Zemp: Wir führen hier eine Art Landsgemeinde der bildungspolitisch wichtigsten Akteure ein. Das ist neu, das gab es bisher nicht. Wir wollen uns dabei im Dialog austauschen, um zu realisieren, wo es Gemeinsamkeiten und wo es vielleicht auch nicht überwindbare Differenzen gibt. Die Idee ist ausserdem, dass sich in der Berichterstattung in den Medien, speziell in BILDUNG SCHWEIZ und im EDUCATEUR, die Positionen und



Georges Pasquier: «Es ist die erste Plattform dieser Art und schon allein die Tatsache, dass sie stattfindet, ist positiv.»

Unterschiede der sieben eingeladenen Parteien zeigen werden und somit die Mitglieder eine Hilfe für ihren Wahlscheid erhalten.

Zum ersten Schweizer Bildungstag sind die leitenden Gremien der Berufsverbände SER und LCH eingeladen. Die einzelnen Mitglieder können nicht dabei sein. Welche Möglichkeit hat die «Basis», sich an dieser Diskussion zwischen Bildung und Politik zu beteiligen?

Zemp: Die «Basis» des Dachverbandes LCH sind die Kaderleute der 34 Mitgliedsorganisationen, mit ihnen arbeiten wir regelmässig zusammen und sie sind deshalb auch zum Bildungstag eingeladen. Ich bin mir aber sicher, dass die Mitgliedsorganisationen des LCH und des SER wichtige Aspekte der Thematik und der Thesen aufgreifen und regionale oder fachspezifische Bildungstage veranstalten werden. Gelegenheit dazu gibt es beispielsweise an den kantonalen Lehrertagen, an den Assises de l'éducation des SER oder an den Fachtagungen des LCH.

Interview: Heinz Weber

Weiter im Netz

www.bildungstag.ch

www.lch.ch

www.le-ser.ch